

Die Bürger*innenkompetenz der Radikalen Demokratietheorie. Theoriebeobachtungen zur Kontingenzproblematik

Hubertus Buchstein

Abstract Hubertus Buchstein stellt in diesem Aufsatz heraus, dass die Radikale Demokratietheorie mit einem starken Konzept von Kontingenz, aus dem sich eine direkte Verbindung zur politischen Praxis ergibt, argumentiert. Gleichzeitig betonen prominente Vertreter*innen der radikalen Demokratietheorie die Notwendigkeit eines demokratischen Ethos für diese Praxis. In dem Aufsatz wird herausgearbeitet, dass es dafür zusätzlich eines spezifischen politischen Kontingenzbewusstseins der Bürger*innen bedarf. Der Aufsatz endet mit skeptischen Überlegungen darüber, wie ein solches Kontingenzbewusstsein geschult werden kann.

Hubertus Buchstein argues in this article that theories of Radical Democracy Theory rely on a strong concept of contingency, which has a direct link to political practice. At the same time, prominent representatives of Radical Democracy emphasize the need for a democratic ethos for such practices. The author elaborates the specific elements of the sense for political contingency that is required from radical democratic citizens. The final sections of the article conclude with skeptical reflections on how such a sense of contingency can be trained.

Einleitung

Seit¹ dem Aufkommen der Radikalen Demokratietheorie in den 1990er Jahren lässt sich beobachten, dass die Kontingenzsemantik unverändert von herausragender Bedeutung für deren Selbstverständnis ist. In ihrer Herausstellung von Kontingenz wiederholt die Radikale Demokratie eine Denkbewegung, die seit den 1980er Jahren auch in den soziologischen Theorien von Niklas Luhmann und Hans Joas, in den philosophischen Reflexionen von Hans Blumenberg, Herrmann Lübke und Richard Rorty, in den Politischen Theorie von Kari Palonen und Michael Th. Greven sowie

1 Für kritische Kommentare danke ich Tobias Albrecht, Kerstin Pohl, Grit Straßenberger, Eno Trimcev und Rieke Trimcev.

den geschichtstheoretischen Überlegungen von Odo Marquard, Michel Foucault und Reinhart Koselleck zu beobachten war (vgl. von Ramin 2022, 12–46).

Frank Nullmeier hat die Kontingenz als »Ankerbegriff« (Nullmeier 2022, 140) der Radikalen Demokratietheorie bezeichnet. Zwar entspricht diese Metapher nicht dem post-fundamentalistischen Vokabular der Radikalen Demokratietheorie, in der Sache ist sie meines Erachtens aber treffend. Ich möchte im Folgenden in einem ersten Argumentationsschritt das spezifische Kontingenzverständnis der Radikalen Demokratietheorie im Kontext der vielen gegenwärtig angebotenen Kontingenztheorien charakterisieren und dabei die starke Bezugnahme der radikaldemokratischen Kontingenzsemantik zur politischen Praxis herausstellen (1). In einem zweiten Schritt werde ich eine Einordnung der Radikalen Demokratietheorie innerhalb eines ›magischen Dreiecks‹ der modernen Demokratietheorien vornehmen und in diesem Zusammenhang den hohen Stellenwert eines ›demokratischen Ethos‹ herausarbeiten (2). Die prononcierte Betonung des ›demokratischen Ethos‹ provoziert die Frage nach den von der Radikalen Demokratietheorie veranschlagten Kompetenzanforderungen an die politischen Akteur*innen. Um die diesbezüglichen Überlegungen der Vertreter*innen der Radikalen Demokratietheorie besser einordnen zu können, unternehme ich im dritten Schritt einen vergleichenden Blick in die Literatur zur Politischen Bildung und zur Didaktik der Politischen Bildung unter der Fragestellung, wie sie das Thema Bürger*innenqualifikationen und Bürger*innenkompetenzen diskutieren. Die Beobachtung aus einer solchen Vergleichsperspektive verdeutlicht, dass die radikaldemokratischen Ansprüche an ein politisches Kontingenzbewusstsein noch die höchsten bürgerschaftlichen Anforderungen aus den Debatten zur Politischen Bildung und deren Didaktik übertreffen (3). In den nächsten beiden Schritten stelle ich einige Plausibilitätserwägungen zum möglichen Scheitern von Kontingenz belastetem politischen Handeln an (4) und frage nach den theoretischen Ressourcen, die sich bei Vertreter*innen der Radikalen Demokratietheorie für eine Kontingenzkompetenz finden (5). Den Abschluss bilden tentative Überlegungen zu den Möglichkeiten des Lehrens und Lernens von Kontingenzkompetenz (6).

1. Kontingenz und politische Praxis

Von Niklas Luhmann stammt das Diktum, »jede Gesellschaft verdeckt ihre Kontingenzen« (Luhmann 1997, 165). Das Verdeckte aufzudecken ist seit einiger Zeit ein nicht unwesentlicher Teil der Geistes- und Sozialwissenschaften bemüht. In der Politikwissenschaft baute bereits Michael Th. Greven seine »Theorie der Politischen Gesellschaft« ebenso auf dem Kontingenzbegriff auf wie Kari Palonen seine These des »Weberschen Moments« in der modernen Politikauffassung (vgl. Greven 1999 und Palonen 1998). Die Radikale Demokratietheorie beansprucht für sich, einen

Schritt weiter zu gehen. In ihrem herrschaftskritischen Selbstverständnis basiert sie nicht nur auf einer »umfassende[n] und radikalen Kontingenzdiagnose«, sondern die besondere politische Form der Demokratie erscheint in ihr als der zentrale »Modus, mit der Kontingenz der Welt umzugehen« (Flügel-Martinsen 2020, 139). Als kontingent wird von den Vertreter*innen der Radikalen Demokratietheorie ein Ereignis oder Sachverhalt verstanden, die – wie die bekannte traditionelle Formel lautet – weder notwendig noch unmöglich sind. Oder, mit den Worten von Oliver Marchart: bei einem kontingenten Sachverhalt handelt es sich um einen solchen, »der existieren kann, oder auch nicht« (Marchart 2019, 572). So weit, so bekannt, so wenig überraschend. Bei näherer Betrachtung lässt sich allerdings beobachten, dass die Vertreter*innen der Radikalen Demokratietheorie im Kontingenzverständnis – ohne dass dies von ihnen hinreichend expliziert wird – innerhalb der Vielfalt an Kontingenztheorien markante Spezifizierungen vornehmen.

Die erste Spezifizierung besteht darin, dass die Radikale Demokratietheorie – ideengeschichtlich betrachtet – lediglich eine der beiden Seiten des bis auf Aristoteles zurückgehenden Möglichkeitsbegriffs rezipiert. Bezüglich der Möglichkeit (griechisch *endechomenon*; lateinisch *contingens*) finden sich in den Schriften von Aristoteles bekanntlich zwei unterschiedliche Auffassungen.² *Endechomenon*, das Mögliche, ist zum einen in Aristoteles' ›Metaphysik‹ das, was weder notwendig noch unmöglich ist (Metaphysik, 9. Buch, 3. Kapitel). In seiner ›Hermeneutik‹ verwendet er den Begriff allerdings im Sinne eines Möglichen, das dieses vom Unmöglichen unterscheidet (Hermeneutik, 13. Kapitel, Organon, Bd. 3/4). Orientierte man sich an dem zuletzt genannten Kontingenzverständnis bei Aristoteles, dann sind das Mögliche und das Notwendige zwar nicht identisch, allerdings lässt sich dann das Notwendige als eine Form des Möglichen verstehen. Mit anderen Worten: im radikaldemokratischen Kontingenzverständnis wird der Notwendigkeit weniger semantischer Raum gelassen, als in anderen Kontingenztheorien.

Die zweite Spezifizierung besteht darin, dass der radikaldemokratische Begriff der Kontingenz – modallogisch betrachtet – ausschließlich durch die Negation von Notwendigkeit und Unmöglichkeit gewonnen wird. Was Niklas Luhmann mit Bezug auf einige Verwendungen des Kontingenzbegriffs kritisch angemerkt hat (vgl. Luhmann 1992, 95–98), gilt nolens volens auch für die Vertreter*innen der Radikalen Demokratietheorie. Sie müssen unterstellen, dass sowohl Notwendigkeit wie auch Unmöglichkeit klar unterscheidbare Begriffe sind. Eine solche Klarheit besteht bei diesen Begriffen jedoch nicht. Ihr Anschein löst sich in dem Augenblick auf, in dem die Frage von Notwendigkeit oder Unmöglichkeit in die Diskursmühle von demokratischen Debatten geraten – ein Aspekt, den auch Vertreter*innen der Radikalen Demokratietheorie in ihrer Kritik an der ›neoliberalen Entpolitisierung‹ ansonsten

2 Vgl. Zum Folgenden Marquard (1986, 119–129), Buchstein (2009, 104–106) und vor allem Vogt (2011, 44–52).

nicht müde werden ins Feld zu führen (vgl. Mouffe 2023, 9–18). Für derartige Debatten ist es geradezu typisch, dass Behauptungen von Unmöglichkeiten oder Notwendigkeiten von (politischen und anderen) Sachverhalten aufgestellt und ebenso heftig bestritten werden. Konsequenterweise müsste allerdings noch ein Schritt weitergegangen und die Begriffe von Unmöglichkeit und Notwendigkeit selbst kontingent gesetzt werden (vgl. Luhmann 1992, 96). Wann ist etwas als unmöglich anzusehen, wann als notwendig? Die Frage stellt sich zumal dann, wenn Kontingenz ihrerseits zu einer Notwendigkeit wird, der gesellschaftliche Teilsysteme nicht ausweichen können?³ Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit etwas als unmöglich oder als notwendig bezeichnet werden kann? Freilich würde auch eine solche Kontingenz zweiter Ordnung keine neue Eindeutigkeit schaffen, sondern sie würde (zumindest unter für Theoriefragen Ambitionierten) lediglich zu einer neuerlichen Debattenrunde auf der nächsthöheren epistemischen Ebene einladen. Letztlich würde auf diese Weise eine infinite Stufenleiter erzeugt, deren notorische Ebenenverlagerung nur per autoritativer Deziision, also willkürlich unterbrochen werden kann. Kontingenz würde dann bedeuten, dass sich diejenigen durchsetzen, in deren Macht es steht, diese Entscheidung vorzunehmen.

Eine dritte Spezifizierung, die sich bei der radikaldemokratischen Kontingenzsemantik beobachten lässt, ist normativer Natur. In sämtlichen radikaldemokratischen Theorien wird eine ausnehmend positive normative Bezugnahme auf Kontingenz vorgenommen. Die Radikale Demokratietheorie, so Oliver Marchart, setzt sich zur Kontingenz »in ein Verhältnis der Akzeptanz, [...] der Affirmation« (Marchart 2019, 575). In der »Kontingenzaffirmation« erkennt Sara Gebh »das Mindestkriterium der Radikalität der radikalen Demokratietheorie« (Gebh 2022, 581). Diese normative Parteinahme wird von sämtlichen Vertreter*innen der Radikalen Demokratietheorie eingestanden, selbst wenn sie dabei die Bezeichnung »normativ« tunlichst zu vermeiden versuchen (vgl. Flügel-Martinsen 2022, 565–572). Die Kontingenzaffirmation ist gleichsam das konzeptionelle Fundament des emanzipatorischen Anspruchs der Radikalen Demokratietheorie.

Mit ihrer normativen Parteinahme bezieht die Radikale Demokratietheorie in Hinsicht auf die im Kontingenzbegriff intern angelegten konträren Stellungnahmen zu Verfügbarkeiten und Unverfügbarkeiten eindeutig Position (vgl. Trimçev 2019, 14–15). In dieser Positionsbestimmung und den sich daraus gezogenen praxiologischen Schlussfolgerungen sehe ich die vierte Spezifizierung im Kontingenzverständnis der Radikalen Demokratietheorie. Wenn man den Kontingenzbegriff mit einer Unverfügbarkeitsthese koppelt, dann besagt er, dass wir uns niemals sicher sein können, dass es so bleibt, wie es ist, weil jederzeit alles anders sein könnte. Wird er hingegen mit einer Verfügbarkeitsthese gekoppelt, dann besagt der Kontingenzbegriff, dass unser intentionales Handeln grundsätzlich auch völlig andere ge-

3 Vgl. für das politische System Luhmann (2000, 118–120).

sellschaftspolitische Zustände herbeiführen kann. Die Kontingenzaffirmation der Radikalen Demokratietheorie erwächst somit aus der Verfügbarkeitsthese. Hartmut Rosa hat unlängst in seinen Überlegungen zur Unverfügbarkeit zu Recht darauf hingewiesen, dass ein Verfügbarmachen mehrere phänomenale Dimensionen umfasst. Verfügbarmachen heißt sichtbar machen, es bedeutet erreichbar und zugänglich machen, es bedeutet ebenfalls beherrschbar machen und nutzbar machen (vgl. Rosa 2020, 21–24). Das Verfügbarmachen-Wollen ist ein eminentes kulturelles Antriebsmoment unserer Moderne. Erst die Auslieferung an den Zufall würde die Kontingenztheorie wieder stärker in Richtung Unverfügbarkeit manövrieren.

Das Kontingenzverständnis der radikalen Demokratietheorie teilt zwar einige Momente mit dem Zufälligen, es ist aber dennoch von dem Arbiträren, d.h. von der Beliebigkeit zu unterscheiden. Dies lässt sich leicht daran erkennen, welchen Blick die Radikale Demokratietheorie auf soziale und politische Phänomene wirft: Ein politisches System ist demnach nicht per Zufall oder ob reiner Pfadabhängigkeiten entstanden, sondern es ist das Ergebnis von politischen Kämpfen (vgl. Marchart 2019, 572). Kontingenz im politischen Kontext meint aus Sicht der Radikalen Demokratietheorie, dass jede bestehende Ordnung völlig anders institutionalisiert hätte sein können und möglicherweise alsbald auch wieder anders aussehen wird. Was dabei die Demokratie so radikal erscheinen lässt, ist ihre »self-revolutionizing logic« (Dahlberg 2012, 497).

Aus der Distanz betrachtet, sind das für sich genommen nun allerdings keine wirklich überraschenden Erkenntnisse. Sie erinnern an die These des »Könnens-Bewusstseins« von Christian Meier in seinem Blick auf die antiken *poleis* (Meier 1983). Und für jede*n Politikwissenschaftler*in, der oder die sich mit Problemen der internationalen Politik oder der Vergleichenden Politikwissenschaft beschäftigt, ist der Überraschungswert einer solchen Aussage ebenfalls als eher gering einzuschätzen. Niklas Luhmann hätte die emphatische Verkündung der Kontingenz sozialer Ordnungen bestenfalls ein spöttisches Lächeln abgerungen und im Anschluss daran auf die gesellschaftlichen Bedingungen der Möglichkeit des Aufkommens der Kontingenzsemantik hingewiesen (vgl. Luhmann 1997, 980–982 und 1122).

Der eigentliche Clou der radikaldemokratischen Kontingenzsemantik liegt deshalb auch an einer anderen Stelle. Meines Erachtens besteht er darin, dass die Radikale Demokratietheorie eine spezifische Verbindung zwischen (a) Aussagen im Bereich der Epistemologie und Politischen Philosophie mit (b) Aussagen im Bereich der Politischen Theorie und Demokratietheorie vornimmt.

Das epistemologische Postulat der Abwesenheit letzter Gründe – in dem Sinne, dass es keine allgemein akzeptierte legitimierende Quelle innerweltlicher Herrschaft gäbe – wird in der radikalen Demokratietheorie mit der politiktheoretischen These einer notorischen Veränderbarkeit aller sozialen und politischen Gegebenheiten verkoppelt. Voller Empathie reklamieren radikale Demokratietheorien mit ihrer Kontingenzthese ein »Primat des Politischen bei der Konstituierung gesell-

schaftlicher Ordnung« (Flügel-Martinsen 2020, 30). Oder, ebenfalls in den Worten von Oliver Flügel-Martinsen: »Es gibt die Möglichkeit einer demokratischen Weltgestaltung« (Flügel-Martinsen 2020, 61). Für ihn folgt daraus ein genereller politiktheoretischer »Vorrang der politischen Praxis« (Flügel-Martinsen 2020, 72). Diesem Primat der Praxis entspricht ein praxologischer Politikbegriff der Radikalen Demokratietheorie. »Das Politische« wird als der praktische Vorgang der »Instituierung« (Claude Lefort) einer neuen gesellschaftlichen oder politischen Ordnung verstanden.

Das Politikverständnis der radikalen Demokratietheorie betont das Element der praktischen Tätigkeiten, sei es des Hinterfragens, des Herausforderns, des Unterbrechens, des Protestierens oder eben des Neu-Instituierens.⁴ Zwar gibt es interne Differenzen bei der Phänomenbeschreibung, was als »das Politische« gelten darf, diese sind jedoch zweitrangig. Für Jacques Rancière verdienen den Ehrentitel des ›Politischen‹ lediglich seltene Situationen einer erfolgreichen Um- und Neugestaltung unserer politischen Weltwahrnehmung, alle anderen gemeinhin als Politik bezeichnete Aktivitäten (z. B. im Bereich der Gesundheitspolitik, der Rentenpolitik etc.) nennt er das ›Polizeyliche‹ (vgl. Rancière 2002, 40–44). Am anderen Ende des praxologischen Spektrums liegt Oliver Marcharts Plädoyer für einen inkrementalistischen Reformismus der kleinen Schritte (vgl. Marchart 2010, 302–306). Unabhängig solcher Differenzen sind sich beide Autoren einig im politiktheoretischen Primat der demokratischen Praxis. Nun mag es nicht sofort überzeugend klingen, wenn Autor*innen so offensichtlich *pro domo* argumentieren, also ein Politischer Philosoph oder ein Politikwissenschaftler das Primat des Politischen behaupten. Was soll ein*e Leser*in beim Zusammentreffen mit einer Soziologin, die mit gleicher Vehemenz das Primat des Sozialen postuliert, oder einer Ökonomin, die das Primat des Wirtschaftslebens behauptet, denken? Derartige Primat-Postulate geraten allzu leicht in den Ruch einer speziellen *déformation professionnelle*, die bei Philosoph*innen und Theoretiker*innen der Politik möglicherweise sogar stärker ausgeprägt ist als bei anderen Fachvertreter*innen in der Politikwissenschaft.

Wie dem auch sei, mir geht es für den weiteren Argumentationsgang um etwas Anderes. Wer will und kann die grundsätzliche Möglichkeit einer demokratischen Weltgestaltung allen Ernstes bestreiten wollen? Der Aussagewert der oben zitierten Worte ist nun einmal so allgemein wie richtig – darin besteht auch deren politiktheoretische Crux. Sicher, es gibt auch – zumindest theoretisch – die Möglichkeit, dass China und Russland im nächsten Jahr Demokratien werden oder dass

4 Der späte Michel Foucault ist ein Vorläufer dieses praxologischen Zuges der Kontingenztheorie. In ›Was ist Aufklärung?‹ von 1983 betont er die spezifische Aufgabe der genealogischen Kritik die »Kontingenz« hervorzuheben, welche »uns zu dem gemacht hat, was wir sind, um die endlose Arbeit der Freiheit wieder in Gang zu bringen.« Allerdings könne die historische Kritik die aktive Ausübung der Freiheit nicht ersetzen (Foucault 2014, 339).

die USA schon in zwei Jahren klimaneutral sein werden. Wer möchte so etwas absolut ausschließen? Vielleicht gewinne ich morgen im Lotto? Nicht vergessen sollte man dabei aber auch Negativfälle. Denn es gibt auch die Möglichkeit des Endes aller demokratischen Weltgestaltung in Form eines neuen digitalisierten Totalitarismus. Schließlich lässt sich häufig auch ein schlichtes demokratiepolitisches muddeling-through durch Krisen beobachten.

Wichtiger als die allgemeine Rede von demokratischen Veränderungsmöglichkeiten ist somit die Frage danach, wie wahrscheinlich gewünschte Veränderungen sind und welche Faktoren sie begünstigen oder ihnen entgegenstehen. Das Vokabular der Radikalen Demokratietheorie hat zu diesem Thema wenig anzubieten. Im Gefolge von Claude Leforts Kritik am Szientismus lehnt der Mainstream der Radikalen Demokratietheorie die empirische Forschung der Politikwissenschaft und der politischen Soziologie ab (vgl. Flügel-Martinsen 2020, 21–26). Das dagegen formulierte Postulat eines Primates der politischen Praxis ist imprägniert von einer voluntaristischen Semantik, in der ökonomische Interessen, institutionelle Pfadabhängigkeiten und eingübte kulturelle Dispositionen kaum noch als strukturelle Hindernisse erkennbar werden (vgl. Buchstein 2020).

Ich möchte die emphatische Konzeption des politischen Handelns jedoch nicht mit weiteren Einwänden konfrontieren, sondern nach dem mit dieser Konzeption verbundenen Bild radikaldemokratischer Subjekte fragen. Ganz im Sinne der praxiologischen Perspektive Radikalen Demokratietheorie geht es mir also um die Frage, auf welchen Typus von politischen Akteur*innen dieser Theorieansatz rekurrieren können muss, mithin welche Qualifikationen er von Bürger*innen erwarten muss, wenn sein Verfechter*innen das Kontingenzpostulat mit ihrem praxiologischen und aktivistischen Verständnis von demokratischem Handeln verbinden.

2. Im magischen Dreieck der Demokratietheorie

Radikale Demokratietheorie betont sehr viel stärker als viele andere gängige Demokratietheorien die Bedeutung von politischer Praxis, einer Praxis die durchaus auch als »gefährlich« und als »politisches Abenteuer« bezeichnet wird (vgl. Flügel-Martinsen 2020, 43–46). »Von Anfang an«, so hatte bereits einer ihrer Vordenker, Cornelius Castoriadis, deklamiert, »erkennt die Praxis ausdrücklich die Offenheit ihres Gegenstandes an« (Castoriadis 1990, 153).

Sämtliche Demokratietheorien, die die Frage nach den Subjekten von demokratischer Praxis stellen, operieren innerhalb eines magischen Dreiecks der Demokratietheorie.⁵ Das gilt auch für die Radikale Demokratietheorie, die ihre besondere Dringlichkeit aus Krisendiagnosen bezieht. Krisendebatten sind nichts Neues.

5 Vgl. zum Folgenden auch Buchstein (2010, 73–75).

Sie begleiten die demokratietheoretischen Diskurse seit Beginn der modernen Demokratie; was nicht bedeutet, dass Krisendiagnosen jedes Mal gleichermaßen unbegründet wären. Ausgangspunkt vieler dieser Diagnosen ist das sogenannte Bockenförde-Paradox. Es lautet, dass die moderne, säkularisierte liberale Demokratie von kulturellen Voraussetzungen lebt, die sie selbst nicht garantieren kann (vgl. Bockenförde 2006, 112); oder, um es anders zu formulieren: dass das demokratische System die Sorte von politischen Subjekten, die es zur Realisierung seiner Regeln benötigt, nicht automatisch selbst produzieren kann. Bei diesem wohl meistzitierten Diktum der modernen Demokratietheorie handelt es sich allerdings lediglich um ein vermeintliches Paradoxon. Vermeintlich deshalb, weil dem demokratischen Staat durchaus eine Reihe an Instrumenten zur Verfügung steht, diese kulturellen Voraussetzungen mit gezielten Maßnahmen zu schaffen, z. B. in den Bereichen Bildungs- und Arbeitspolitik (vgl. Honneth 2023, 10–11). Die mit dem Diktum von Bockenförde angesprochene Problematik hat in der Vergangenheit zu unterschiedlichen Reaktionen im Bereich der modernen Demokratietheorie geführt. Dabei der potentielle Wirt für den Kostgänger Demokratie in den wechselnden Theoriekonjunkturen der vergangenen Jahrzehnte mehrfach gewechselt: Besonders ausgezeichnete sozioökonomische Verhältnisse, politisch-kulturelle Traditionen und institutionelle Arrangements waren die drei am häufigsten genannten Kandidaten, die die Demokratie parasitär am Leben erhalten sollen.

Regelmäßig wird aber in all diesen demokratietheoretischen Diskussionen der Fokus enger auf die individuellen Akteur*innen in der Demokratie, auf die Staatsbürger*innen gestellt. Wenn in diesem erwartungsfrohen Sinne von Bürger*innen gesprochen wird, so geschieht dies nicht in einer rechtlichen, sondern in einer attributiven Auslegung des Bürger*innenbegriffs. Es geht um deren Eigenschaften. Dass es bei dem genauen Zuschnitt der Attribute nicht um ein fiktives demokratisches Ideal der allseits kompetenten Staatsbürger*in geht, wird allerdings erst im Zusammenhang mit Bürger*innenrechten und einem dritten Bezugspunkt, den politischen Institutionen deutlich. *Bürger*innenqualifikationen* und institutionelle Arrangements bilden dabei so etwas wie die Eckpunkte dieses magischen Dreiecks der modernen Demokratietheorie.

Die besondere Magie dieses Dreiecks besteht nun darin, dass es die Welt der Demokratietheorien nicht einfach mit gegeneinander optimierbaren Eckpunkten als Nullsummenspiele strukturiert, sondern dass je nach Theorieansatz sowohl Synergie- als auch Kompensationseffekte zwischen den drei genannten Bezugspunkten vermutet werden.

- Politische Institutionen müssen beispielsweise nicht ausschließlich als Substitut für sparsame Tugendzumutungen gedacht werden, sondern können auch als Produktions- und Stabilisierungszusammenhang von Tugenden dienen; in

diesem Sinne stünden dann die beiden Eckpunkte nicht in einem Konkurrenz-, sondern in einem wechselseitigen Reproduktionsverhältnis.

- Um ein anderes Beispiel zu nennen: Bestimmte Formen von Bürger*innenrechten benötigen offenbar zu ihrer Realisierung Äquivalente in der Qualifikations- und Institutionenkomponente. Denn die Verwirklichung sozialer und ökologischer Bürger*innenrechte ist sowohl auf weithin geteilte Gerechtigkeitsintuitionen als auch auf passende assoziative Strukturen (z.B. zivilgesellschaftliche Akteure, Gewerkschaften, sozialpolitische Verbände) angewiesen.
- Das Verhältnis von Bürger*innenrechten und Bürger*innenqualifikationen lässt sich schließlich auch so begreifen, dass die Qualifikationen das Fundament für die Realisierung der Rechte bilden. Dieser Logik zufolge erhöhen sich mit einigen rechtlichen Gewährleistungen sogar die Zumutungen an die Bürger*innen; so es wird ein höheres Maß an Toleranz verlangt, wenn die Bürger*innerechte auf neue gesellschaftliche Kreise ausgeweitet werden und damit der Grad an Heterogenität unter den Mitbürger*innen ansteigt; auch werden aktive Teilnahme oder Bereitschaft zum sozialen Leistungsverzicht erwartet, wenn politische und soziale Rechte realisiert werden sollen.

Die drei Eckpunkte des magischen Dreiecks verweisen also intern aufeinander und Demokratietheorien lassen sich aus einer Beobachterperspektive danach unterscheiden, wie sie die ideale Tektonik dieser Verklammerung entwerfen.

Wie operiert nun die Radikale Demokratietheorie innerhalb dieses magischen Dreiecks? Folgt sie Kompensations- oder Synergielogik politischen Handelns? Auf welchem der drei Eckpunkte liegt ihr demokratietheoretisches Primat? Wo gibt es bei ihr die Unterstellung von Kompensations- oder Synergieeffekten? Angesichts der notorischen Betonung der Kontingenz aller rechtlichen Regelungen und politischen Institutionen erstaunt es nicht, dass ihr Primat auf den Bürger*innen und deren Kompetenzen liegt. Danach sind es die Bürger*innen, denen es immer wieder in neuer Weise obliegt, bestehende rechtliche Regelungen und institutionelle Arrangements zu zerstören und neue an ihrer Stelle zu schaffen, die ihrerseits wieder eine prekäre Existenz fristen. Politik wird als ein Nullsummenspiel der engagierten Bürger*innen auf der einen Seite gegen die bestehenden rechtlichen Regulierungen und politischen Institutionen auf der anderen Seite verstanden.

Eine solche Sichtweise ist insofern nicht trivial, weil sich die Radikale Demokratietheorie damit signifikant von einigen konkurrierenden Ansätzen der Demokratietheorie unterscheidet.

Die klassisch liberale Demokratietheorie setzt in erster Linie auf staatsbürgerliche Rechte, die deliberative Demokratietheorie dagegen vor allem auf Institutionen und Verfahren. Die konzeptionelle Priorisierung des Engagements kompetenter Bürger*innen teilt die Radikale Demokratietheorie hingegen mit Strömungen des modernen Republikanismus, wie dies bereits Emanuel Richter und Dagmar Com-

tesse detailliert aufgezeigt haben (vgl. Richter 2016, Comtesse 2019). Ein markantes Beispiel für solche Berührungspunkte mit dem Republikanismus liefert mit Chantal Mouffe eine der bekanntesten und einflussreichsten Verfechter*innen der Radikalen Demokratietheorie. Im Zentrum ihres Buches *Über das Politische* (Mouffe 2007) steht die Zähmung des Schmitt'schen Antagonismus der politischen Feindschaft. Der bis zum tödlichen Kampf eskalierende Antagonismus soll in einen Agonismus der gegenseitigen Anerkennung als politische Widersacher («adversary») umgewandelt werden. Wenn dies gelungen ist, dann sollen »formelle Rechtsgrundlagen« (S. 30) und »Institutionen« (S. 30) die Bühne dafür freigeben, Konflikte agonistisch auszutragen. Um dies zu ermöglichen, bedarf es eines »gemeinsamen symbolischen Raumes« (S. 158) geteilter demokratischer »Werte« (158). Diese bilden eine gemeinsame »ethisch-politische« (S. 159) Grundlage, das »Ethos der Demokratie« (159), bestehend aus geteilten »ethisch-politischen Prinzipien« (160). Anders als der moderne Republikanismus, der nach Quellen eines neuen Gemeinsinns Ausschau hält, setzt Mouffe hingegen politikstrategisch auf Polarisierungen.

Nicht nur bei Mouffe findet sich im Lager der Radikalen Demokratietheorie die Betonung eines demokratischen Ethos.⁶ Sie ist geradezu ein Erkennungsmerkmal für die innerhalb des magischen Dreiecks der Demokratietheorie operierenden Überlegungen aller anderen ihrer Verfechter*innen. Lediglich stichwortartig möchte ich nennen:

- Claude Lefort in seinen Thesen zur politischen Kultur eines Anti-Totalitarismus (vgl. Lefort 2003);
- Jacques Rancière in seiner Vorstellung der »Grundidee des Politischen« als einer »Art von geteilter Kompetenz«;⁷
- Wendy Brown in ihren Überlegungen über Resilienz gegen »Faschismus durch das Volk« (vgl. Brown 2012);
- William E. Connolly in seinen Thesen zum Ethos des agonistischen Respekts und eines Ethos der kritischen Responsivität (vgl. Connolly 1991, 158-197 und 1995, 26-40);
- Oliver Marchart in seinen Thesen zur »demokratischen Ethik« und zur Einübung von Akzeptanz und Kontingenz (vgl. Marchart 2010, 345-347) sowie zur »Ethik der Selbstinfragestellung« (Marchart 2020, 188);

6 Auch an diesem Punkt lässt sich Foucaults »Was ist Aufklärung?« von 1983 als Vorläufer verstehen, wenn er gegen die modernitätstheoretische Gleichsetzung von Humanismus und Aufklärung der Moderne ein »Ethos« zuschreibt, das sich durch die »permanente Kritik unser selbst« (Foucault 2014, 339) definiert.

7 Rancière in Honneth/Rancière (2021, 94- 95).

- Dagmar Comtesse in ihrer Gleichsetzung der »kontestativen Grundhaltung« des Radikaldemokratismus mit einer »politischen Tugend« (vgl. Comtesse 2019, 759);
- Oliver Flügel-Martinsen mit seinem Plädoyer für eine permanente kritische Befragungspraxis (vgl. Flügel-Martinsen 2020, 120–122, 2022, 572–753);
- Martin Saar mit seiner Forderung der »Einübung demokratischer Subjektivität« (Saar 2013, 20).

Diese Auflistung ist nicht vollständig; in einigen Punkten erinnert sie trotz aller sonstigen Konfliktrhetorik eher an Walter Benjamins Bestimmung der »subjektiven Voraussetzung« zur gewaltlosen Beilegung von Konflikten: »Herzenshöflichkeit, Neigung, Friedenliebe, Vertrauen« (Benjamin 1921, 47). Die obige Zusammenstellung ist auch nicht widerspruchsfrei. Zudem vermengen sich in ihr defensive mit offensiven Qualitäten. Auf eine solche Kritik an den konkreten Inhalten eines radikaldemokratischen Ethos kommt es mir allerdings hier gar nicht an. Was mich interessiert ist die Beobachtung, dass dem ethischen Moment – also den normativen Verhaltensdispositionen der Subjekte, ihren »Gefühls- und Willensrichtungen« (Heller 1934, 85) – in den verschiedenen Spielarten der Radikalen Demokratietheorie eine solch enorm hohe Bedeutung zukommt.

Zwar sollen Mouffe, Marchart und auch Flügel-Martinsen zufolge institutionelle Vorkehrungen und rechtliche Regulierungen – die beiden anderen Eckpunkte des oben erwähnten magischen Dreiecks – eine unterstützende Funktion bei der Transformation von Antagonismus in Agonismus bzw. einer erfolgreichen Befragungspraxis zukommen; letztlich kommt in ihren Theorien aber alles auf das Vorhandensein eines demokratischen Ethos bei den Bürger*innen an. Die zentrale Bedeutung des ethischen Moments offenbart zugleich, warum die Durchsetzung und Persistenz einer Radikalen Demokratie seitens der in ihr agierenden Bürger*innen nicht anders als »äußerst voraussetzungsvoll« (Sörensen 2020, 19) zu bezeichnen sind. Oliver Marchart spricht sogar von einer »psychologischen Zumutung« (Marchart 2010, 337), die die Radikale Demokratie für ihre Bürger*innen bedeutet. Woraus sich als Anschlussfrage ergibt, über welche Qualifikationen Bürger*innen verfügen müssten, um den formulierten hohen Ansprüchen zu entsprechen?

3. Demokratische Bürger*innenqualifikationsmodelle

Um die Ansprüche der Radikalen Demokratietheorie an die erforderlichen Bürger*innenqualifikationen besser einordnen zu können, lohnt ein vergleichender Seitenblick in die Literatur zur Politischen Bildung und zur Didaktik der Politischen Bildung. Eine solche Vergleichsperspektive führt drastisch vor Augen, wie hoch die radikaldemokratischen Ansprüche an ein politisches Kontingenzbewusstsein tat-

sächlich sind. Woraus sich die Anschlussfrage speist, aus welchen Quellen sich derartige Bürger*innenqualifikationen speisen lassen sollen.

Wenn man die Frage nach den Bürger*innenqualifikationen in die Sprache der traditionellen Politikwissenschaft, Politischen Bildung und Didaktik der Politischen Bildung übersetzt, dann handelt es sich dabei um eine Frage nach konkreten Bürger*innenkompetenzen. Die Antworten auf diese Frage sind untrennbar mit dem jeweiligen Bürger*innenleitbild verbunden. Der in der Fachdidaktik verwendete Kompetenzbegriff orientiert sich größtenteils an der Kognitionspsychologie. In der Fachliteratur finden sich divergierende Bürger*innenleitbilder und zudem verschiedene Ansätze für die Auflistung und Sortierung der einzelnen Kompetenzdimensionen.⁸

In der Politischen Bildung werden drei unterschiedliche Bürger*innenleitbilder als mögliche bzw. angemessene Ziele (kontrovers) diskutiert. Sie gehen allesamt über die Figur des »politisch Desinteressierten« hinaus (vgl. Massing 2011, 146–150):

- Reflektierte Zuschauer*innen. Sie informieren sich regelmäßig über politische Ereignisse und sind in der Lage, informiert rational begründete Wahlentscheidungen zu treffen.
- Interventionsfähige Bürger*innen. Sie engagieren sich zusätzlich punktuell in der Politik, und zwar in Situationen, in denen ihre eigenen Überzeugungen oder Interessen besonders betroffen sind.
- Aktivbürger*innen. Sie engagieren sich politisch regelmäßig, denn die Politik ist ein wichtiger Bestandteil ihres persönlichen Selbstverständnisses.

Wie unschwer zu erkennen ist, basieren diese Bürger*innenleitbilder auf unterschiedlich starken Annahmen über bürgerschaftliche Kompetenzen. Die Debatte über die für notwendig zu erachtenden Kompetenzen findet in der Didaktik der Politischen Bildung statt. Dort stößt man auf mehrere Modelle für die politischen Kompetenzen.

Ein älteres Modell geht zurück auf Überlegungen, die vor längerer Zeit von mir im Zusammenhang der Debatte über den adäquaten Bürgerbegriff in der Politischen Bildung skizziert worden sind (vgl. Buchstein 1996, 303–307). Das Modell besteht aus der Unterscheidung von drei Dimensionen: Den (1) kognitiven Kompetenzen bezüglich des Inhalts politischer Entscheidungen, den (2) prozeduralen Kompetenzen bezüglich der Verfahren politischer Entscheidungsfindung und (3) gemeinsinnorientierten und affektiv verankerten habituellen Dispositionen. Ein neueres, in der Literatur zur Didaktik der Politischen Bildung kursierendes Modell unterscheidet die folgenden drei zentralen Kompetenzdimensionen: (1) politische Urteilsfä-

8 Zur aktuellen Debatte und den Differenzen in der Verwendung des Kompetenzbegriffs vgl. im Überblick Massing (2021, 91–115).

higkeit, (2) politische Handlungsfähigkeit sowie (3) methodische Fähigkeiten (vgl. GPJE 2004, 15–18). Auch das neueste Modell der »Politikkompetenz« liegt etwas quer zum ersten genannten Ansatz. Es unterscheidet zwischen den folgenden vier Dimensionen: (1) Fachwissen, (2) Urteilsfähigkeit, (3) Handlungsfähigkeit und (4) Einstellung und Motivation (vgl. Massing 2021, 101–115). Vor allem die beiden letztgenannten Modelle beeinflussen derzeit die Praxis in der Didaktik der Politischen Bildung.

Ungeachtet aller Unterschiede zwischen den drei genannten Kompetenzmodellen liegen den aufgelisteten Bürger*innenleitbilder bestimmte wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägte – Annahmen über ein Minimum eines »sense of citizenship« (Conover 1995: 134) oder – in der etwas altertümlich anmutenden Sprache des Republikanismus – über »politische Tugend« zugrunde. Damit sind Einstellungen von Bürger*innen gemeint, welche die folgenden Eigenschaften haben: Sie sind solidarisch orientiert, affektiv verankert und handlungsmotivierend.⁹

- Politische Tugend bedarf somit einer solidarischen Einstellung von Akteur*innen, ihr Handeln nicht ausschließlich am Eigeninteresse, sondern an den Zielen einer politisch definierten Gruppe zu orientieren. Man kann nicht für sich allein politisch tugendhaft sein. Tugend fungiert gleichsam als reflexiver Filter, welcher Akteur*innen nötigt, ihre politischen Präferenzen und Handlungen moralisch oder ethisch zu evaluieren.
- Zur politischen Tugend gehört des Weiteren die nicht-kognitive Verankerung dieser Orientierung. Durch Praktiken der Übung und Gewöhnung werden Tugenden internalisiert und sind so der völlig freien Wahl von Akteur*innen in konkreten Situationen nur begrenzt zugänglich. Sie sind aber in dem Sinne eine freiwillig erbrachte Leistung, als die Bereitschaft zum tugendhaften Handeln nicht von außen erzwungen, sondern von einer Motivationsquelle im Inneren der Akteur*innen genötigt wird.
- Politische Tugend bedarf drittens der Bereitschaft, über das bloße Wissen hinaus, was in einer konkreten Situation gut ist, dieses auch im konkreten Handeln gegen innere und äußere Widerstände zu realisieren. Dazu gehört auch eine gewisse Portion Kraft und Ausdauer.

Selbst die reflektierte *Zuschauer*in bedarf eines Minimum an politischer Tugend als Motivation, um sich* regelmäßig über politische Ereignisse zu informieren und rational begründete Wahlentscheidungen zu treffen. Dies gilt umso mehr für die interventionsfähige Bürger*in und erst recht für die Aktivbürger*in.

Unterschiedliche politische Systeme bedürfen zu ihrer erfolgreichen Reproduktion unterschiedlicher Sorten von politischen Tugenden, über die jeweils eine aus-

9 Vgl. zum Folgenden Buchstein (2012, 80–83).

reichende Zahl an Bürger*innen in ausreichender Weise verfügen muss. Für moderne liberale Demokratien lässt sich folgender Katalog aufstellen:¹⁰ Als staatliche Gemeinwesen bedürfen sie der Tugenden der Loyalität (als der Bereitschaft, für die Gemeinschaft aller Mitbürger*innen Verantwortung zu übernehmen) und des Mutes (als der Bereitschaft, das Gemeinwesen gegen Bedrohungen zu verteidigen). Als liberale Ordnungen sind sie auf Rechtsgehorsam (auf freiwilliger und daher reflexiver Basis), Kooperationsbereitschaft, Fairness und Toleranz (der Bereitschaft, ethische Differenzen auszuhalten) angewiesen. In ihrem demokratischen Moment bedürfen sie zusätzlich mindestens der Tugenden der Partizipationsbereitschaft (der Bereitschaft, sich an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen), der Verantwortlichkeit (der Bereitschaft, politische Entscheidungen vor einem längerfristigen Zeithorizont zu evaluieren) sowie der Argumentationsfähigkeit (der Bereitschaft, sich für die eigene Meinung öffentlich zu rechtfertigen). Und in ihrem sozialstaatlichen Moment schließlich bedürfen sie der Tugend des sozialen Gerechtigkeits sinns. Was in diesem Katalog allerdings bislang fehlt, ist das von der Radikalen Demokratietheorie angemahnte Kontingenzbewusstsein und der kompetente Umgang mit Kontingenz im Bereich des Politischen.

Mir geht es im Folgenden nicht darum, ob der skizzierte liberal-demokratische Tugendkatalog hinreichend, ob er zu weit oder ob er in allen Punkten konsistent gefasst ist, auch wenn solche Gesichtspunkte für eine moderne normative Theorie der demokratischen Bürger*innen eine zentrale (aber in der Literatur bis dato nur stiefmütterlich behandelte) Bedeutung haben. Mir geht es stattdessen um den demokratietheoretischen Umgang mit solchen oder ähnlichen Tugendanforderungen in der Radikalen Demokratietheorie. Die skizzierten Bürger*innenleitbilder aus der Politischen Bildung und die Kompetenzmodelle aus deren Didaktik sind aus empirischer Perspektive bereits sehr voraussetzungsvoll. Sie werden in der Fachliteratur deshalb auch nicht als in bestehenden Demokratien empirisch vorliegende Phänomene betrachtet, sondern ihnen wird der Status von idealisierten normativen Modellen zugeschrieben. Nicht nur auf der empirischen Ebene, sondern bereits auf der normativen Ebene werden in der Literatur zur Politischen Bildung erhebliche Abstriche von dem Idealbild eines demokratischen Bürgers oder einer demokratischen Bürgerin gemacht. Für allein die kognitive Kompetenzdimension steht in der Literatur die Figur der »reflektierten Zuschauer*in«, für die kognitive plus prozedurale Dimension steht die Figur der »Interventionsbürger*in« und für die addierte Menge aller drei Dimensionen die Figur der »Aktivbürger*in« (vgl. Ackermann 2016). Auch aus den beiden anderen Sortierungsmodellen wird ein Spektrum von Bürger*innenleitbildern herauspräpariert, das von der kompetenten Zuschauer*in bis zur unermüdlichen Aktivist*in reicht.

10 Vgl. Buchstein (2018, 211–214).

Während die Mehrzahl der Autor*innen für die Vorgabe eines Bürger*innenleitbildes plädiert, sieht beispielsweise Wolfgang Sander eine solche Vorgabe kritisch, da es der Demokratie eine Vielzahl legitimer Bürger*innenrollen geben müsse, die Politische Bildung habe allerdings die Aufgabe, »die Menschen darin zu unterstützen, je für sich ihre eigene Bürgerrolle zu finden« (Sander 2008, 49). In Teilen der Literatur zur Politischen Bildung spielt zudem die Sorge eine große Rolle, mit den normativ ausgezeichneten Bildern der demokratischen Idealbürger*in ein ebenso unrealistisch anmutendes sowie überforderndes Idealbild zu entwerfen. Daraus abgeleitet wird das Plädoyer für eine »realistische Orientierung«, bei der die informierte und urteilsfähige Zuschauer*in als Minimalziel gilt, aber gleichzeitig auch die anspruchsvolleren Ziele der interventionsfähigen Bürger*in und der Aktivbürger*in nicht aufgegeben werden (vgl. Massing 2021, 60).

Wie nun steht die Radikale Demokratietheorie zu solchen Sorgen und insbesondere zu den diskutierten Bürger*innenkompetenzmodellen? In ähnlicher Weise wie in der Figur der »Aktivbürger*in« rechnet sie offenbar ebenfalls mit politischen Akteur*innen, die über sämtliche der in den drei Kompetenzmodellen genannten Fähigkeiten verfügen können müssen.¹¹ Die in Teilen der Literatur zur Politischen Bildung und deren Didaktik artikuliert Sorge vor einer Überforderung findet sich in den Statements der Radikalen Demokratietheorie an keiner Stelle. Ihre Sicht folgt nicht dem Überforderungs-, sondern dem Unterforderungstheorem.¹²

Danach beschwört erst die notorische Unterforderung von Bürger*innenkompetenzen die Legitimationskrise der Demokratie heraus. Neoliberale Regierungen hätten seit den 1990er Jahren mit Hilfe einer Sachzwangsideologie regiert und auf diese Weise eine politische Strategie der Entpolitisierung betrieben. Als Folge boten die bestehenden Institutionen neoliberal verformter Demokratien für relevante Teile der Bevölkerung kaum noch Möglichkeiten der Einbringung ihrer Interessen und kollektiver Identitäten, da sie einseitig mit der Verteidigung des Rechtsstaates und der Menschenrechte identifiziert werden. Demokratie beziehe ihre Legitimität nun aber auch aus der Idee der Volkssouveränität, die vom hegemonialen Neoliberalismus *ad acta* gelegt werde. Die von Mouffe und anderen Vertreter*innen der Radikalen Demokratietheorie als Post-Politik bezeichnete hegemoniale Konstellation habe nicht nur zu Frustrationen geführt, sondern als weitere Folge zu einem Aufstieg des Rechtspopulismus. Dem Rechtspopulismus als Protestbewegung sei es gelungen, im Namen der Volkssouveränität die durch die Post-Politik aufgerissene

11 Aus der Perspektive von Rancière haben Bürger*innen bereits »Anteile« am politischen Gemeinwesen. Der politische Kampf der »Anteillosen« bestehe nun darin, diesen Status überhaupt erst zu erlangen. Auch für den Erfolg bei diesem Kampf bedarf es im Prinzip derselben anspruchsvollen Akteur*innenqualifikationen.

12 Zu den Unterforderungs- und Überforderungstheoremen in der politischen Ideengeschichte vgl. Hirschman (1984).

repräsentative Lücke zu füllen. Mit diesem kausalen Nexus jedenfalls erklären u.a. Chantal Mouffe und Oliver Flügel-Martinsen das Aufkommen und den Erfolg des Rechtspopulismus.¹³

Die im Falle von Mouffe gegen den Rechtspopulismus propagierte Strategie ist das politische Projekt einer linkspopulistischen Gegenmobilisierung.¹⁴ Der Linkspopulismus soll sich als Massenbewegung über die gemeinsame Gegnerschaft zu den politischen und ökonomischen Eliten des neoliberalen Systems versammeln. An dieser Strategie hat es – auch und gerade aus Kreisen, die mit der Radikalen Demokratietheorie sympathisieren – scharfe Kritik gegeben; sie unterschätze das identifikatorische Potential und die emotionale Mobilisierungsfähigkeit rechter Feinkonstruktionen und sie überschätze das politische Mobilisierungspotential von links.¹⁵

Ungeachtet der berechtigten Frage, ob Mouffe und andere Vertreter*innen der Radikalen Demokratietheorie tatsächlich eine zutreffende Erklärung für das Aufkommen des Rechtspopulismus und ein überzeugendes Konzept der demokratischen Gegenwehr anbieten, verweisen sie dennoch auf einen wichtigen Aspekt, der in vielen normativ ambitionierten Demokratietheorien ansonsten ausgeblendet wird: Mouffe geht es um die Alltagserfahrungen von Bürger*innen mit der Politik. Auf dieser Alltagsebene registriert sie den subjektiven Eindruck vieler Bürger*innen, nicht gehört zu werden und ihr Gefühl politischer Ohnmacht (vgl. Mouffe 2023, 42–44). Den methodischen Hinweis, Alltagswahrnehmungen sorgfältig zu registrieren, möchte ich im nächsten Abschnitt aufnehmen und auf das in den Theorien der Radikaldemokraten hoch gehandelte Phänomen der Kontingenz anwenden.

4. Überraschung und Scheitern – Alltagserfahrungen von Kontingenz

Kontingenz schafft einen erweiterten Handlungsraum, sie schafft einen erweiterten Raum der Freiheit. Anders als das »Schicksalszufällige«, dem der Mensch ausgeliefert ist, ist das »Beliebigkeitszufällige« änderbar und vom Menschen beeinflussbar (vgl. Marquard 1986, 128). Kontingenzaffirmation und auch der damit verbundene Topos der Kontingenzverfügbarkeit sind kein Alleinstellungsmerkmal der Radikalen Demokratietheorie. Zuvor hatte der liberal-konservative Philosoph Hans Blumenberg in einer weit ausholenden geschichtsphilosophischen Perspektive die »Kontingenz als Stimulus der Bewusstwerdung der demiurgischen Potenz des Menschen« (Blumenberg 1963, 47) bezeichnet. Die in der Radikalen Demokratietheorie

13 Vgl. Mouffe (2023, 3), Flügel-Martinsen (2022, 558) und Ramin (2021, 337).

14 Vgl. Mouffe (2018 und 2023).

15 Vgl. zu diesen und anderen Kritikpunkten Straßenberger (2017, 44–55), Jörke/Selk (2017, 144–149) und Flügel-Martinsen (2020, 148–155).

besonders ausgeprägte Affirmation von Kontingenz provoziert natürlich Rückfragen nach den Alltagserfahrungen von uns Menschen mit kontingenten Ereignissen und unserem weiteren Umgang damit. Inwieweit decken sich Beobachtungen von alltäglichen Kontingenzerfahrungen mit der propagierten Kontingentaffirmation? Und lassen sich aus solchen allgemeinen Beobachtungen Rückschlüsse für die Demokratietheorie ziehen? Wollte man diese Fragen beantworten wollen, so benötigte man an dieser Stelle eine umfassende Theorie von Kontingenz in der Spätmoderne. Die diesbezüglichen soziologischen Theorieprogramme sind allerdings zu divers, als dass ich daraus eine umfassende Theorie herausdestillieren könnte.¹⁶ Angesichts der Ermangelung einer umfassenden Theorie des gegenwärtigen »Zeitalter[s] der Kontingenz« (Joas 2012, 28) werde ich im Folgenden einen phänomenologischen Weg einschlagen und mich auf zwei Überlegungen, die bestenfalls den argumentativen Status von Plausibilitäten haben, beschränken. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Feststellung, dass zur Kontingenz die Überraschung gehört. Der Umgang mit ihr erfordert innere Souveränität und Anpassungsfähigkeit. Das Offenhalten für überraschende Veränderungen muss auch in positiven Fällen gelernt sein. Ich möchte mein Augenmerk jedoch auf zwei negative Erfahrungen des Scheiterns legen.

Die erste Überlegung basiert auf der Beobachtung, dass wir in unserer Alltagserfahrung häufig kein affirmatives, sondern ein negatives Verhältnis zu Kontingenz haben. Zu solchen Negativerfahrungen gehören beispielsweise der überraschende Tod eines uns nahestehenden Menschen oder der im Vergleich dazu lapidare Fall, dass wir wegen einer überraschenden technischen Panne auf dem Weg zum Bahnhof den Zug versäumen. Auch der Einbruch des Krieges in eine zuvor als stabil wahrgenommenen Ordnung erzeugt bei uns negative Reaktionen. Selbstverständlich gibt es im alltäglichen Leben häufig auch viele positive Kontingenzerfahrungen und ich möchte mich mit meiner Überlegung deshalb nicht als konservativ anmutender Kontingenzpessimist missverstanden wissen. Mir geht es lediglich um die triviale Beobachtung eines Doppelcharakters, eines Dualismus, einer Ambivalenz von Kontingenzerfahrungen im Alltag. Auf politische Aktivitäten im Sinne der Radikalen Demokratietheorie angewandt, lautet der positive Fall, dass wir gemeinsam mit uns Gleichgesinnten erfolgreich politisch agieren konnten. Den negativen Fall markiert das erfolgreiche Handeln unserer politischen Gegner. Eine von uns zuvor bekämpfte fundamentale Änderung der politischen Ordnung in eine Richtung, die wir strikt ablehnen, ist ein solch negativer Fall (z.B. aus Sicht der Radikalen Demokratietheorie eine rechtpopulistische Machtübernahme).

16 Vgl. für die verschiedenen Ansätze einer Theorie des »Zeitalters der Kontingenz« (Joas 2012, 28): Luhmann (1992), Makropoulos (1997), Holzinger (2007), Knöbl (2007), Baumann (2016) und Reckwitz (2020).

Nun haben wir im privaten Bereich längst Strategien der Kontingenzbewältigung für derartige negative Kontingenz-Fälle entwickelt. Herrmann Lübke nennt im Zusammenhang mit dem unvorhergesehenen Verpassen eines Zuges den entspannten Zwischenaufenthalt in einer Bahnhofsbuchhandlung (angesichts des veränderten Medienangebots an bundesdeutschen Bahnhöfen ist dies heute kaum als gute Strategie zu bezeichnen) oder beim überraschenden Tod eines uns nahestehenden Menschen die Ausübung religiöser Praktiken (vgl. Lübke 1998, 40–60). Odo Marquard hat in einem ähnlichen Zusammenhang die Kunst als einen einzigen Kontingenzbewältigungsversuch interpretiert (Marquard 1986, 130). Wir sind auf negative Weise von Kontingenzen affiziert, die wir zwar nicht ändern können, denen wir jedoch durch unser Handeln in einen neuen Handlungssinn transformieren können. Wir müssen nicht in fatalistischer Hinnahme erstarren, sondern können flexibel reagieren und aus der neuen Situation etwas uns als sinnvoll Erachtetes machen. Die an eine solche im Alltagsverhalten stattfindende Transformation anschließende Frage lautet: Wie ist es im politischen Bereich mit Strategien der negativen Kontingenzbewältigung bestellt? Wie kann und soll man sich im Rahmen der Radikalen Demokratietheorie eine derartige politische Kontingenzbewältigungskompetenz vorstellen?

Die zweite Überlegung schließt gleichfalls an beobachtbare Phänomene im Bereich der Alltagserfahrungen an. Das generelle Wissen um Kontingenz impliziert nicht, dass es auch tatsächlich zu Veränderungen kommt. Die Tatsache, dass etwas auch hätte anders sein können, verrät uns noch nichts darüber, wie es auch konkret anders sein kann (vgl. Thonhauser 2020, 391). Dementsprechend muss auch die Möglichkeit der Politisierung jeweils aktiv ergriffen werden. Eine solche Aktivität sagt nun allerdings nichts darüber aus, ob die von uns mit großem Engagement angestoßenen Veränderungen auch tatsächlich in die Richtung gehen, die wir mit ihnen beabsichtigen; zuweilen verpuffen unsere Aktivitäten schlicht an den festen rechtlichen und institutionellen Strukturen. Aus kontingenztheoretischer Hinsicht ist jedoch eine andere Konstellation des Scheiterns aus unserer Alltagserfahrung bedeutsamer. In der sozialwissenschaftlichen Forschung werden solche Fälle mit dem Theorem der nicht-intendierten Konsequenzen (niK) bezeichnet.¹⁷ Damit sind soziale Handlungen gefasst, in denen (z.B. aufgrund der Komplexität von Systemen oder unvollständigen Informationen etc.) völlig unbeabsichtigte Nebeneffekte auftreten, die zuweilen sogar zum genauen Gegenteil dessen führen können, was beabsichtigt war. Derartige Erfahrungen gehören zum Alltag von allen, die sich politisch engagieren. Auch für sie sind offenbar besondere Strategien einer Kontingenzbewältigungskompetenz vonnöten.

Dass allem politischen Handeln ein inhärentes Enttäuschungspotential eigen ist, hatte bereits Hannah Arendt zur Grundlage ihres politischen Denkens gemacht

17 Der Klassiker für dieses Theorem ist Merton (1936).

(vgl. Straßenberger 2007); die Unabsehbarkeit der Handlungsfolgen – auch mit den besten emanzipatorischen Absichten – lässt sich nicht technokratisch liquidieren. Kontingenz ist ihrerseits hochgradig kontingent. Steht die Radikale Demokratietheorie auch zum Scheitern von ergriffenen Möglichkeiten in einem affirmativen Verhältnis oder gibt es unter ihren Vertreter*innen Ansätze für ein vorsichtiges Zurückrudern? Und – das ist in unserem Zusammenhang die wichtigere Frage – wie können Strategien der Kontingenzbewältigungskompetenz nicht nur für das Offenhalten für Überraschungen, sondern auch für Fälle des Scheiterns in der Politik aussehen?

5. Politische Kontingenzkompetenz

Die beiden in groben Strichen skizzierten Überlegungen zu Alltagserfahrungen mit Kontingenzproblemen erfordern Strategien des praktischen Umgangs mit ihnen. Dies gilt auch für den Bereich der Politik. Das Kontingenzbewusstsein radikal-demokratischer Bürger*innen muss demnach nicht allein das generelle Wissen um die Kontingenz aller sozialen und politischen Sachverhalte beinhalten, sondern deutlich mehr: die Kontingenzzakzeptanz und die Fähigkeiten der Kontingenzsensibilisierung sowie die Kompetenz zur Kontingenznutzung, zur Kontingenzbegrenzung und gegebenenfalls auch die der Kontingenzzreduktion – mithin ein breites Tableau an Anforderungen für die erfolgreiche Kontingenzbewältigung.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit sich in den Ausführungen von radikaldemokratischen Autor*innen zum Ethos der Demokratie Hinweise auf ein Kontingenzbewusstsein und auf eine Kontingenzbewältigungskompetenz von Bürger*innen finden. Welche konkreten habituellen Dispositionen, welche konkreten Praktiken und Praxisformen werden in dieser Literatur genannt, die zum Kontingenzbewusstsein und zur Kontingenzbewältigung beitragen könnten?

In der einschlägigen Literatur aus der Tastatur von Verfechter*innen der Radikalen Demokratietheorie wird man diesbezüglich erstaunlich wenig fündig.

- Bei Oliver Flügel-Martinsen gibt es verstreute Hinweise auf die Unermüdllichkeit und den notwendigen Mut zu einer umfassenden Befragungspraxis von »epistemologischen und normativen Prinzipien« (Flügel-Martinsen 2022, 573) inklusive eines »kritisch-genealogischen Skeptizismus« (Flügel-Martinsen 2020, 68). Dieses schöne Programm liest sich indes eher als eine im akademischen Bereich gut eingeübte Praxis, als eine für das alltägliche Handeln geeignete Disposition.
- Im Zentrum der Theorie von Chantal Mouffe steht die Transformation vom Antagonismus zum Agonismus. Dazu gehört eine bedingungslose Anerkennung der Legitimität der politischen Widersacher. Zwar soll am Aufbau eines

starken kollektiven ›Us‹ gegen ein ›Them‹ gearbeitet werden, und zwar auch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der emotionalen Erweckung von »passions« und »common affects« durch politische Führerfiguren (Mouffe 2023, 36). Gleichzeitig aber sollen politische Differenzen und die Legitimität des Widersachers bedingungslos anerkannt werden. Mit dieser widersprüchlichen Argumentation geht Mouffe nicht nur »weit über die liberale Toleranzvorstellung« (Jörke 2006, 264) hinaus, sondern weist ihr Appell zum Aushalten von Differenz »elitistische Züge« (Jörke 2006, 264) auf.

- William E. Connollys »Ethos of Pluralization« geht in eine ähnliche Richtung. Der agonistische Respekt verlangt ihm zufolge eine besondere ethische Einfühlbarkeit. Er verlangt eine Kultivierung eines Feingefühls. Vor allem aber verlangt er die Fähigkeit zu Rollenexperimenten inklusive der Fähigkeit zur experimentellen Destabilisierung der eigenen persönlichen Identität (vgl. Connolly 1993). Auch er geht damit weit über die psychischen Anforderungen in liberalen Toleranzkonzeptionen hinaus. Und auch bei ihm finden sich keine Hinweise auf einen Umgang im Falle des Scheiterns, beispielsweise im Zuge einer experimentellen Persönlichkeitsdestabilisierung,

Connollys Überlegungen gehen sicherlich am weitesten in Richtung von Kontingenzbewusstsein und den – auch im Hinblick auf die Psychostruktur der eigenen Persönlichkeit – damit verbundenen Herausforderungen. Die bereits zitierte Formulierung von Oliver Marchart, die Kontingenztheorie der Radikalen Demokratietheorie bedeute »eine psychologische Zumutung« (Marchart 2010, 337), bekommt im Zusammenhang mit Connollys Überlegungen zur Persönlichkeitstransformation eine zusätzliche Brisanz.

Selbst wenn man in seinen Ansprüchen nicht so weit gehen mag wie Connolly, so weisen die Erwartungen – oder besser: Zumutungen – der Radikalen Demokratietheorie an die von ihr adressierten Bürger*innen weit über die in Abschnitt 3 skizzierten Kompetenzprofile aus der Didaktik der Politischen Bildung hinaus. Weder die Kompetenzen aus der Trias kognitiv/prozedural/habituell noch die aus der Trias Fachwissen/Urteilsfähigkeit/Handlungsfähigkeit oder die aus dem Quartett Urteilsfähigkeit/Handlungsfähigkeit/methodische Fähigkeiten/Einstellungen und Motivation sind auch nur ansatzweise ausreichend für das Bürger*innenleitbild der Radikalen Demokratietheorie. Für die beispielsweise von Oliver Marchart propagierte »jakobinische[r] Wachsamkeit« bedarf es auf jeden Fall Kompetenzen aus allen drei Modellen. Hinzukommen muss jedoch eine weitere Kompetenz, nämlich eine spezifische Kompetenz für den Umgang mit Kontingenzproblemen.

Mit anderen Worten: Die Radikaldemokratie bedarf noch weit mehr als die Kompetenz zur Kontroversität und Kritik.¹⁸ Für die Radikale Demokratietheorie müssen die Kompetenz-Modelle aus der Didaktik der Politischen Bildung um eine eigenständige Kompetenzdimension ergänzt werden. Politische Kontingenzkompetenz beinhaltet für den Erfolgsfall die Fähigkeit zur Kontingenznutzung und zur Kontingenzbegrenzung. Sie beinhaltet für Fälle des Scheiterns die Fähigkeit zur Kontingenzbewältigung (wenn etwas Negatives eingetreten ist) und zur Kontingenzkompensation (wenn etwas Anderes als das Erwartete eingetreten ist).

6. Kontingenzkompetenz lernen?

Wie lässt sich Kontingenzkompetenz erwerben? Die Kontingenzkompetenz im Sinne der radikalen Demokratietheorie als einer Theorie mit emanzipatorischem Anspruch ist mehr als resignierte Kontingenzakzeptanz. Zur Kontingenzkompetenz in ihrem Sinne gehören mindestens die folgenden Fähigkeiten:

- Kognitiv: keine Kontingenzleugnung, sondern Kontingenzeinsicht, d.h. das Wissen um die Kontingenz alles Bestehenden.
- Habituell: eine generelle Kontingenzakzeptanz und die Fähigkeiten der Kontingenzsensibilisierung, d.h. keine Mentalität der Kontingenzabwehr.
- Praxologisch: die Fähigkeit zum Kontingenzhandeln, d.h. zur Kontingenznutzung, zur Kontingenzbegrenzung und gegebenenfalls auch die der Kontingenzreduktion.

Zusammengenommen ist dies ein breites Tableau an Anforderungen für die erfolgreiche Kontingenzbewältigung. Diese Vorstellung von Kontingenzkompetenz ist derartig anspruchsvoll, dass es niemanden überraschen darf, wenn Bürger*innen sich in der Konfrontation mit politischen Veränderungen oder gar Erwartungen einer als existentiell angesehenen Transformation ihrer eigenen Persönlichkeit in regressive Reaktionen von »resentment« (Mouffe 2023, 43) verfallen und das Politikangebot eines identitätswahrenden Rechtspopulismus annehmen. Die von Radikaldemokrat*innen für notwendig erachteten Bürger*innenkompetenzen fallen nicht vom Himmel, sondern sie müssen – wie alle anderen sozialen Kompetenzen auch – in Lernprozessen erworben werden. Eine Option dafür bietet die von Connolly favorisierte »Ethik der Selbsterziehung« (Livingston 2019, 254) die in der Tradition von Nietzsche und Foucault auf ein Programm der Eigenregie setzt. Will man sich nicht allein auf ein solches ebenso solipsistisch wie heroisch

18 Auch wenn dies aus Sicht der Radikalen Demokratietheorie wichtige Fähigkeiten sind, vgl. Westphal (2018).

anmutendes Selbstmanagement verlassen, dann ist die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der autoritativen Vermittelbarkeit eines radikaldemokratischen Bildungsprojekts aufgeworfen. Zugleich liegt es dann nahe, für die praktischen Fragen zum lernenden Erwerb solcher Kompetenzen bei den Kolleg*innen aus der Politischen Bildung und deren Didaktik anzuklopfen und sie um Rat zu fragen.

Eine solche Anfrage wäre aus Sicht aller anderen Demokratietheorien eine völlig unproblematische Angelegenheit. Auf den ersten Blick scheint das auch aus der Sicht der Radikalen Demokratietheorie unproblematisch, so jedenfalls Werner Friedrichs, der postuliert, dass »Demokratiepädagogik ohne Radikale Demokratietheorie blind und Radikale Demokratietheorie ohne Demokratiepädagogik leer wäre« (Friedrichs 2022, 186). Eine solche beide Seiten in ein synergetisch setzendes Verhältnis platzierende Sicht des pädagogischen Szenarios¹⁹ stößt jedoch auf eine gravierende konzeptionelle Schwierigkeit, die von Paul Sörensen als die »pädagogische Leerstelle« (Sörensen 2020, 17) der radikalen Demokratietheorie herausgearbeitet worden ist. Sörensen zeichnet in seiner Theoriebeobachtung detailliert nach, wie sich die Verfechter*innen der Radikalen Demokratietheorie beim Thema Erziehung in ein unauflösbares Dilemma manövriert haben. Entweder lehnen sie – wie am prominentesten Jacques Rancière – jede Form von Pädagogik im Namen geteilter demokratischer Souveränität aller als ein paternalistisches Unterfangen ab. Letztlich liefe jede Form der Unterweisungen, Autorität und Anleitungen auf polizeiliche Maßnahmen hinaus (vgl. Sörensen 2020, 24–28); ein ablehnendes Votum, das angesichts des exzeptionellen Stellenwerts ›des Politischen‹ in der Theorie von Rancière im besonderen Maße für die politische Bildung Geltung haben muss. Oder sie propagieren – wie Chantal Mouffe – auf ethisch-kulturellen Konsensprämissen, die als politisches Bildungsprojekt nicht anders als autoritativ zu ermitteln sind. Das aber bedeutet, dass sie stillschweigend den theoretischen Anspruch der Grundlosigkeit aufgeben müssen (vgl. Sörensen 2020, 23–24).²⁰ Die Radikale Demokratie ignoriert also entweder die Frage der Bildung radikaldemokratischer Subjekte und überlässt sie dem puren Zufall (Rancière) oder sie verletzt ihren eigenen Anspruch auf normative Grundlosigkeit (Mouffe).

19 Friedrichs leitet aus den grundlegenden Theoremen der Radikalen Demokratietheorie für die Politikdidaktik ab, dass ein Kontingenzerziehungsprojekt vollständig »ohne den Vermittler« (Friedrichs 2017, 318) auskommen muss; es sollten stattdessen »Räume« zur eigenständigen »Erfahrbarmachung von Kontingenz« bereitgestellt werden. Zur Kritik an diesem und anderen bislang vorgelegten Versuchen, ein radikaldemokratisches Erziehungsprogramm zu entwerfen vgl. Sörensen (2020, 22–23, 28–29).

20 Flügel-Martinsen rügt denn auch, Mouffe falle an diesen Stellen »weit hinter ihre Kritik normativer politischer Theorie zurück« (Flügel-Martinsen 2022, 568). Sörensen (2020, 24) ergänzt an dieser Stelle eine Formulierung aus den ›Gefängnisheften‹ Antonio Gramscis: »Jedes Verhältnis von ›Hegemonie‹ ist notwendigerweise ein pädagogisches Verhältnis.«

Kurzum: Bei der Radikalen Demokratietheorie lassen sich entweder ein heroischer Solipsismus (Connolly), ein konsequenter curricularer Agnostizismus (Rancière) oder eine aus praktischen politischen Gründen favorisierte theoretische Inkonsistenz (Mouffe) beobachten. Wie lässt sich angesichts der pädagogischen Leerstelle eine Ausgestaltung von radikaldemokratischen Bildungsverhältnissen konzipieren, die solchen Aporien entkommt?

Eine Strategie könnte darin bestehen, auf ein ›learning by doing‹ in politischen Konfliktaustragungen zu setzen. Dabei würde auf die positiven Selbstwirksamkeitserfahrungen von politischen Akteur*innen in politischen Kämpfen gesetzt. Eine solche Strategie ist jedoch ein zweiseitiges Schwert. Einerseits können im Erfolgsfall Kontingenzbewusstsein und -kompetenz gestärkt werden. Andererseits wird in den (vermutlich häufigeren) Misserfolgswfällen der Anschein von totaler Unveränderbarkeit gestärkt. Zudem würde eine solche Strategie an dem Grundproblem wenig ändern, denn ein learning by doing setzt bereits eine gewisse Bereitschaft zum doing voraus. Genau diese Bereitschaft aber gilt es aus Sicht der Radikalen Demokratietheorie vielfach erst zu wecken. Die Radikale Demokratietheorie verschiebt diese Problematik zurück in den Bereich der politischen Strategie und die Suche nach adäquaten Äquivalenzketten, mit denen Bürger*innen angesprochen und motiviert werden können. Diese Problemverschiebung entledigt nicht von der grundsätzlichen Frage, ob und inwieweit die aktivierende Kontingenzkompetenz etwas ist, das sich überhaupt in gezielten Bildungsmaßnahmen einer ›Kontingenzpädagogik‹ vermitteln lässt. In der Forschungsliteratur zur Didaktik der Politischen Bildung gibt es dazu meines Wissens bislang kaum Anknüpfungspunkte, die über eine Wiederholung des schon bekannten demokratietheoretischen Programms und dem Ruf nach Experimenten hinausgehen (vgl. Friedrichs 2021, 2022).

Diese Leerstelle könnte darin begründet sein, dass die Kontingenzkompetenz möglicherweise ein Phänomen ist, das – ähnlich wie die Bereitschaft zur politischen Partizipation (vgl. Buchstein 2002, 216–217) – vieles gemeinsam hat mit dem Glück oder dem Wunsch, Schlaflosigkeit zu überwinden: Sie lassen sich nur schwerlich auf direktem Wege herstellen. So wie das wahre Glück darin besteht, dass ich die bohrende Frage danach, ob ich glücklich bin, für einige Momente vergessen habe; und so wie es mir nicht gelingt, mich in den Schlaf zu bringen, wenn ich permanent versuche, bewusst einzuschlafen, sondern erst dann, wenn ich mich von diesem Gedanken habe ablenken lassen – so könnte auch die Kontingenzkompetenz etwas sein, das nur als ›by-product‹ anderer sozialer Handlungen erzeugt wird. Wenn diese Vermutung zutrifft, dann wäre es aus Sicht der Radikalen Demokratietheorie von vornherein vielversprechender, auf indirekte Lernstrategien zu setzen, also auf einen Kompetenzerwerb, der »wesentlich ein Nebenprodukt« (Elster 1987, 141) von Handlungen ist, die zu anderen Zwecken und mit anderen Zielen unternommen werden. Kontingenzkompetenz gehörte dann zur Gruppe von Zuständen, die

weder durch kluge Einsicht noch jemals absichtlich hervorgebracht werden können, da bereits der bloße Versuch dazu den angestrebten Zustand ausschließt. Jon Elster zufolge ist die für die Kontingenztheorie elementare »Spontanität« ein solcher intentional unerreichbarer Zustand (vgl. Elster 1983, 127).

Nun gibt es Elster zufolge allerdings Techniken, die es erlauben, derartige Zielzustände auf indirektem Wege herzustellen. Er rekonstruiert einige Überlegungen zum Thema Demokratie im Werk von Alexis de Tocqueville in diesem Sinne. Tocqueville zufolge bestehen die Vorteile der Demokratie nicht in immanenten Vorzügen wie der politischen Partizipation oder einer höherwertigen Legitimität, sondern sie sind an anderen Stellen zu finden. Die Vorteile der Demokratie sind danach »hauptsächlich und wesentlich Nebenprodukte« (Elster 1987, 197) – als solche Vorteile listet Tocqueville »unruhige Geschäftigkeit«, einen »Überschuss an Kraft« und einen »Tatwillen« ihrer Bürger auf (vgl. Tocqueville 1835, 280–282). Die großen Leistungen der Demokratie, so Tocqueville, sind nur »ohne sie und außerhalb von ihr« (Tocqueville 1835, 281) zu finden.

Es könnte ein für die Radikale Demokratietheorie reizvolles Unterfangen sein, in ihren Erwägungen zum Kontingenzkompetenzerwerb der von Tocqueville ausgelegten und von Jon Elster als »spillover effects« (Elster 2009, 189) freigelegten Spur zu folgen. Das würde bedeuten, nach den am besten geeigneten indirekten Wege Ausschau zu halten, auf denen ein solcher Erwerb als wahrscheinliches Nebenprodukt vermittelt werden kann. Eine Radikale Demokratiepädagogik müsste gezielt solche institutionellen Kontexte fördern, in denen Menschen auf lebensweltlicher Alltagsebene regelmäßig Konflikt Erfahrungen machen und in denen sie den produktiven Umgang mit Kontingenzen erlernen können. Dies wären vermutlich institutionelle Kontexte, die außerhalb des traditionellen politischen Bereiches angesiedelt sind. Die Hoffnung – oder genauer: die radikaldemokratische Wahrscheinlichkeitsrechnung – würde dann darin bestehen, dass die in politikfernen lebensweltlichen Alltagszusammenhängen erworbenen Kontingenzkompetenzen in den Bereich der Politik überschwappen.

Somit kann ich meine tentativen Überlegungen zum politischen Kontingenzkompetenzerwerb lediglich mit einer Vermutung abschließen: Möglicherweise gehört es zur Kontingenz der Kontingenzkompetenz, dass ihr Erwerb nicht auf planbaren Wegen gezielt erlangt, sondern bestenfalls auf indirekten Pfaden erzeugt werden kann. Sollte diese Vermutung zutreffen, dann mag das für die Radikale Demokratietheorie in vielerlei praktischer Hinsicht unbefriedigend bleiben und die Tore für die Kritik an ihr weit geöffnet halten. Ein Trost allerdings bleibt ihr: Die »Kontingenz der Kontingenzkompetenz« bietet der Radikalen Demokratietheorie eine Formel, mit der sie das Problem des Kompetenzerwerbsdefizits auf meta-theoretischer Ebene spielerisch leicht handhaben kann.

Literatur

- Ackermann, Paul 2016: Der interventionsfähige Bürger scheint mir ein realistisches Leitbild für die politische Bildung zu sein. In: Kerstin Pohl (Hg.), Positionen zur Politischen Bildung Band 1. 3. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 56–78.
- Baumann, Zygmunt 2016: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg: Hamburger Edition.
- Benjamin, Walter 1921: Zur Kritik der Gewalt. In: Ders., Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1965, 29–65.
- Blumenberg, Hans 1963: Lebenswelt und Technisierung unter Aspekten der Phänomenologie. In: Ders., Wirklichkeiten in denen wir leben. Stuttgart: Reclam 1981, 7–54.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang 2006: Recht, Staat, Freiheit. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Breit, Gotthard/Massing, Peter (Hg.) 2002: Die Rückkehr des Bürgers in die politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Brown, Wendy 2012: Wir sind jetzt alle Demokraten. In: Giorgio Agamben u.a., Demokratie? Eine Debatte. Berlin: Suhrkamp, 55–71.
- Buchstein, Hubertus 1996: Die Zumutungen der Demokratie. In: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation. Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag, 295–324.
- Buchstein, Hubertus 2002: Die Bürgergesellschaft – Eine Ressource der Demokratie? In: Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hg.), Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 198–222.
- Buchstein, Hubertus 2009: Demokratie und Lotterie. Frankfurt a.M.: Campus.
- Buchstein, Hubertus 2010: Demokratietheorie in der Kontroverse. Baden-Baden: Nomos.
- Buchstein, Hubertus 2018: Auf dem Weg zur Postwachstumsgesellschaft – Von der Resonanztheorie zur aleatorischen Demokratie. In: Berliner Journal für Soziologie 28 (1), 209–236.
- Buchstein, Hubertus 2020: Warum im Bestaunen der Wurzeln unter der Erde bleiben? Eine freundliche Polemik zu den radikalen Demokratietheorien. <https://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratiethorien-zur-einfuehrung/> (Zugriff vom 24. Juli 2023).
- Castoriadis, Cornelius 1990: Gesellschaft als imaginäre Institution. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Comtesse, Dagmar 2019: Republikanismus und radikale Demokratietheorie. In: Dagmar Comtesse u.a. (Hg.), Radikaldemokratie. Ein Handbuch. Berlin: Suhrkamp, 746–763.
- Conover, Pamela Johnston 1995: Citizen Identities and Conceptions of the Self. In: The Journal of Political Philosophy 3, 133–165.

- Connolly, William E. 1991: *Identity/Difference. Democratic Negotiations of Political Paradox*. Minneapolis.
- Connolly, William E. 1993: *Beyond the Good and Evil. The Ethical Sensibility of Michel Foucault*. In: *Political Theory* 7, 365–389.
- Connolly, William E. 1995: *The Ethos of Pluralization*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Dahlberg, Lincoln 2012: *Radical Democracy*. In: *The Edinburgh Companion to the History of Democracy*. Edinburgh: Edinburgh UP, 492–501.
- Elster, Jon 1983: *Sour Grapes*. Cambridge: Cambridge UP.
- Elster, Jon 1987: *Subversion der Rationalität*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Elster, Jon 2009: *Alexis de Tocqueville. The first Social Scientist*. Cambridge: Cambridge UP.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2020: *Radikale Demokratietheorie zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2022: *Radikale Demokratietheorie unter Normalisierungsdruck*. In: *Leviathan* 50, 557–576.
- Foucault, Michel 2014: *Dits es Ecrits. Schriften in 4 Bänden. Band 4*. Berlin: Suhrkamp.
- Friedrichs, Werner 2017: *Jacques Rancière. Bildungen im epistemologischen Regime*. In: Markus Gloe/Tonio Offerding (Hg.), *Politische Bildung meets Politische Theorie*. Baden-Baden: Nomos, 309–322.
- Friedrichs, Werner 2021: *Radikale Demokratiebildung*. In: *Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik* 97 (4), 430–445.
- Friedrichs, Werner 2022: *Demokratiepädagogik und Radikale Demokratietheorien*. In: Wolfgang Beutel et al. (Hg.), *Handbuch Demokratiepädagogik*. Frankfurt a. M.: Wochenschau, 184–193.
- Gebh, Sara 2022: *Denken in Alternativen: Für eine offensive Verteidigung der Radikaldemokratie*. In: *Leviathan* 50, 577–594.
- GPJE 2004: *Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung, Anforderungen an nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der politischen Bildung an den Schulen – Ein Entwurf*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Greven, Michael Th. 1999: *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Deziision als Probleme des Regierens und der Demokratie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Heller, Hermann 1934: *Staatslehre*. Leiden: A. W. Sijthoff's Uitgeversmaatschappij.
- Hirschman, Albert O. 1984: *Engagement und Enttäuschung*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Holzinger, Markus 2007: *Kontingenz in der Gegenwartsgesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Honneth, Axel 2023: *Der arbeitende Souverän*. Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel/Rancière, Jacques 2021: *Anerkennung oder Unvernehmen? Eine Debatte*. Berlin: Suhrkamp.

- Joas, Hans 2012: Das Zeitalter der Kontingenz. In: Katrin Toens/Ulrich Willems (Hg.), *Politik und Kontingenz*, Wiesbaden: Springer VS, 25–37.
- Jörke, Dirk 2006: Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien? In: Reinhard Heil/Andreas Hetzel (Hg.), *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*. Bielefeld: transcript, 253–266.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith 2017: *Theorien des Populismus zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Knöbl, Wolfgang 2007: *Die Kontingenz der Moderne. Wege in Europa, Asien und Amerika*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Lefort, Claude 1990: Die Frage der Demokratie. In: Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 281–297.
- Lefort, Claude 2003: Thinking with and against Hannah Arendt. In: Antonia Grunenberg (Hg.), *Totalitäre Herrschaft und republikanischer Demokratie*. Frankfurt/New York: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 121–129.
- Livingston, Alexander 2019: William E. Connolly. In: Dagmar Comtesse u.a. (Hg.) *Radikaldemokratie. Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp, 248–258.
- Lübbe, Hermann 1998: Kontingenzerfahrung und Kontingenzbewältigung. In: Gerhart v. Graevenitz (Hg.), *Kontingenz. Forschungsgruppe »Poetik und Hermeneutik«*, 17. Kolloquium. München: Wilhelm Fink, 35–49.
- Luhmann, Niklas 1992: *Beobachtungen der Moderne*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 2000: *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Makropoulos, Michael 1997: *Modernität und Kontingenz*, München: Fink.
- Marchart, Oliver 2010: *Die politische Differenz*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver 2019: Kontingenz/Grundlosigkeit. In: Dagmar Comtesse u.a. (Hg.) *Radikaldemokratie. Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp, 572–575.
- Marchart, Oliver 2020: Apologie des Etatismus. In: Steffen Herrmann/Matthias Flatscher (Hg.), *Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*. Baden-Baden: Nomos, 169–202.
- Marquard, Odo 1986: *Apologie des Zufälligen*. Philosophische Studien. Stuttgart: Reclam.
- Massing, Peter 2011: *Politikdidaktik als Wissenschaft*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau
- Massing, Peter 2021: *Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt a.M.: Wochenschau utb.
- Meier, Christian 1983: *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Merton, Robert 1936: The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action. In: *American Sociological Review* 1 (6), 894–904.
- Mouffe, Chantal 2007: *Über das Politische*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Mouffe, Chantal 2018: *For a Left Populism*. London: Verso.
- Mouffe, Chantal 2023: *Towards a Green Democratic Revolution. Left Populism and the Power of Affects*. London: Verso.
- Nullmeier, Frank 2022: Theoriebildung und die Sorge um die Fachdisziplin. In: Dirk Jörke/Oliver Flügel Martinsen (Hg.), *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte*. Gedächtnisschrift für Rainer Schmalz-Bruns. Baden-Baden: Nomos, 131–148.
- Palonen, Kari 1998: *Das ›Webersche Moment‹. Zur Kontingenz des Politischen*. Wiesbaden: VS.
- Ramin, Lucas von 2021: Die Substanz der Substanzlosigkeit. Das Normativitätsproblem der radikalen Demokratietheorie. In: *Leviathan* 49 (3), 337–360.
- Ramin, Lucas von 2022: *Politik der Ungewissheit*. Bielefeld: transcript.
- Rancière, Jacques 2002: *Das Unvernehmen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas 2020: *Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Richter, Emanuel 2016: Radikaldemokratie und Republikanismus. In: Thorsten Thiel/Christian Volk (Hg.), *Die Aktualität des Republikanismus*. Baden-Baden: Nomos, 317–344.
- Rorty, Richard 2012: *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut 2020: *Unverfügbarkeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Saar, Martin 2013: *Die Immanenz der Macht. Politische Theorie nach Spinoza*. Berlin: Suhrkamp.
- Sander, Wolfgang 2008: *Politik entdecken – Freiheit Leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung*, Schwalbach/Ts.
- Sörensen, Paul 2020: Die unmöglichen Subjekte des Postfundamentalismus. In: *Politische Vierteljahresschrift* 61, 15–38.
- Straßenberger, Grit 2007: Politik zwischen Freiheitsgewinn und Enttäuschungserfahrung. Zu den Kompensationsleistungen von politischer Theorie bei Hannah Arendt. In: *Dichterisch denken. Hannah Arendt und die Künste*, hg. von Wolfgang Heuer und Irmela von der Lühe, Göttingen: Wallenstein, 227–242.
- Straßenberger, Grit 2017: Linkspopulismus als Gegengift? In: *Mittelweg* 36, 25 (6), 36–55.
- Thonhauser, Gerhard 2020: Von der Unmöglichkeit der Institutionalisierung des Politischen zur ambivalenten Kraft politischer Imagination. In: Steffen Herrmann/Matthias Flatscher (Hg.), *Institutionen des Politischen. Perspektiven der Radikalen Demokratietheorie*. Baden-Baden: Nomos, 379–402.
- Tocqueville, Alexis de 1835: *Über die Demokratie in Amerika*. München 1976: dtv.
- Trimçev, Rieke 2018: *Politik als Spiel. Zur Geschichte einer Kontingenzmetapher*. Baden-Baden: Nomos.
- Vogt, Peter 2011: *Kontingenz und Zufall. Eine Idee- und Begriffsgeschichte*. Berlin: Akademie-Verlag.

Westphal, Manon 2018: Kritik- und Konfliktkompetenz. Eine demokratietheoretische Perspektive auf das Kontroversitätsgebot. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/266578/kritik-und-konfliktkompetenz/>

